

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 85 (2014)
Heft: 12: Hochaltrigkeit : Ansprüche und Chancen des demografischen Wandels

Artikel: Immer mehr Menschen werden älter - welche Folgen hat das? : Bislang Gültiges muss neu gedacht werden
Autor: Treppe, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-804110>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Immer mehr Menschen werden immer älter – welche Folgen hat das?

Bislang Gültiges muss neu gedacht werden

Hochaltrigkeit wird in den nächsten Jahrzehnten zu einer Herausforderung für die Gesellschaft und damit für die Politik. Der Generationenvertrag muss neu definiert und die Bau- und Wohnpolitik der Städte und Gemeinden anders ausgerichtet werden.

Von Urs Tremp

Als am 28. Mai 2010 in Basel die Witwe Adelheid Wehrle-Rieger für immer die Augen schloss, ging ein langes Leben zu Ende. 110 Jahre alt war die Frau geworden. Sie war der letzte Mensch in der Schweiz, der noch im 19. Jahrhundert geboren worden war: am 19. November 1899.

Für Kinder, die hundert Jahre nach Adelheid Wehrle auf die Welt gekommen sind, dürfte ein Leben, das sich über drei Jahrhunderte erstreckt, dazumal weit weniger aussergewöhnlich sein.

Das jedenfalls sagen Altersforscher voraus. Der Direktor des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock, James Vaupel, prognostiziert, dass die meisten der ums Jahr 2000 geborenen Kinder in Mitteleuropa 100 Jahre und älter werden.

In dreissig Jahren wird ein Drittel der Schweizer Bevölkerung älter als 65 Jahre sein.

Und mehr als die Hälfte aller Kinder, die heute in der Schweiz auf die Welt kommen, sollen gar 106 bis 110 Jahre alt werden.

Von ein paar wenigen zu Hunderten von Hundertjährigen

Das würde heissen: Die Lebenserwartung hat sich innerhalb von nur acht Generationen verdoppelt. Mitte des 19. Jahrhunderts, als erstmals Bevölkerungsstatistiken geführt wurden,



Altes Paar beim Kartenspielen: «Je selbständiger alte Menschen ihren Alltag trotz Erschwernissen organisieren können, desto mehr werden die jüngeren Generationen entlastet.»

lebten in der Schweiz gerade ein halbes Dutzend Hundertjährige. Heute sind es knapp 1500.

Die Gründe dafür sind schnell zu benennen: Wohlstand, gesunde Lebensweise, medizinischer Fortschritt und eine gute Gesundheitsversorgung. Allerdings: Hochaltrigkeit hält sich nicht an strenge Regeln. Und ein sicheres Rezept, wie man uralt werden kann, gibt es nicht. Zwar stellt die Wissenschaft fest, dass neben der genetischen Veranlagung eine positive Lebenseinstellung, die soziale Einbettung und das weibliche Geschlecht Faktoren für ein hohes Alter sind. Aber es gibt auch Kettenraucher, die hundert Jahre alt werden und miesepetrige Frauen, die fünfundneunzig und älter sind.

Doch die Politik ist auf Statistiken und daraus abgeleitete Gesetzmässigkeiten angewiesen. Denn sie muss Prognosen und Szenarien erstellen können. Und diese Szenarien deuten derzeit alle in dieselbe Richtung. Unabhängig, wie sich die Geburtenzahl in der Schweiz und die Zuwanderung en detail entwickeln werden: Die Zahl langlebiger Menschen wird zunehmen. Heute schon sind fünf Prozent aller in der Schweiz lebenden Menschen 80 und mehr Jahre alt. In nicht einmal dreissig Jahren – davon geht das Bundesamt für Statistik aus – wird ein Drittel der Bevölkerung 65 Jahre und älter sein. Ein grosser Teil mit guter Aussicht, 80 Jahre und älter zu werden.

Es wird eine Vier-Generationen-Gesellschaft mit zwei Generationen jenseits der Pensionierungsgrenze entstehen. Wie mit diesen neuen und erstmaligen Rahmenbedingungen ein Generationenvertrag noch funktionieren kann, ist eine der Herausforderungen, der sich die Gesellschaft stellen müssen. Fast alle Altersforscher gehen davon aus, dass den sogenannten Jungrentnern dabei eine wichtige Rolle zukommen wird. «Mit der anstehenden Pensionierung der Babyboomer-Generation werden deren Zahl und politischer Einfluss markant steigen», sagte im vergangenen Sommer etwa Martin Eling, Direktor des Instituts für Versicherungswirtschaft der Hochschule St. Gallen, an einer Veranstaltung der bürgerlich-liberalen Denkfabrik «avenir suisse». Er empfahl, «das grosse Potenzial dieser Generation» besser zu nutzen. «Diese Menschen sind noch rüstig und engagiert und könnten zum Beispiel in Teilzeitpensen weiterarbeiten.

Auch ihre Finanzkraft stellt ein wichtiges, wachsendes Marktpotenzial dar.»

Wer soll künftig die Kosten tragen?

Heisst ein neuer Generationenvertrag also zuerst einmal längere Erwerbstätigkeit? Tatsächlich tendieren Arbeitgeber, Gewerbe und die bürgerlichen Parteien in diese Richtung, um die Rentenmehrbelastung durch die Babyboomer abzufedern. Die Zustimmung zur Beschränkung der Zuwanderung Anfang Jahr hat sie in ihrem Ansinnen bestärkt. Gewerkschaften und linke politische Parteien freilich wehren sich gegen solche Absichten. Zuerst müsse man über Umverteilungen und neue Steuern reden, bevor die Menschen zu mehr Arbeit verknurrten werden.

Unbestritten ist, dass die Rentenkosten schon bald nicht mehr allein von der aktiven Bevölkerung getragen werden können. Zunehmend wird darum darüber nachgedacht, wie die sogenannten jungen Rentner in Zukunft in den Generationenvertrag eingebunden und so auch zur Finanzierung der Hochaltrigkeit beitragen können und müssen. Hochaltrige Menschen – darin immerhin ist man sich einig – können nicht mehr zu Arbeit (gemeinnützige oder Erwerbsarbeit) verpflichtet werden. Doch sie können – das sagt der Soziologe und Altersforscher François Höpflinger – auf ihre Weise gleichfalls einen Beitrag zum Generationenvertrag leisten: «Je selbständiger alte Menschen ihren Alltag trotz funktionalen Erschwernissen organisieren und Verantwortung für sich selbst tragen können, desto mehr werden die jüngeren Generationen entlastet. Programme zur Förderung der Selbständigkeit im hohen Lebensalter weisen deshalb eine wichtige intergenerative Wirkung auf.»

Doch wie die Selbständigkeit der Hochaltrigen fördern? Vor allem durch eine der Altersstruktur der Schweizer Bevölkerung angepasste Wohnbaupolitik. Das wird, sagt der Präsident des Schweizerischen Städteverbandes (SSV), Kurt Fluri, vor allem für die Städte und die stadtnahen Agglomerationen «eine der grössten Herausforderungen der kommenden Jahre sein». Wenn die Babyboomer in die Hochaltrigkeit kommen werden (ums Jahr 2050), dürften in der Schweiz gegen 700000 Menschen zur Generation 80+ gehören.

Gefragt sind altersgerechte Wohnungen und Wohnformen. Das herkömmliche Altersheim, auch darin sind sich die Fachleute einig, wird es in absehbarer Zukunft nicht mehr geben. Es wird für alte und hochbetagte Menschen Wohnmöglichkeiten brauchen, die sich nach den verschiedenen Betreuung- und Pflegebedürfnissen richten.

Vor allem kostengünstige Wohnungen sind gefragt. Und da genau liegt die Krux. Denn Wohnungen für hochbetagte Menschen gehören in die Zentren der Stadt und der Gemeinden. Dort ist erfahrungsgemäss der Boden teuer. Hier müsse die Politik regulierend eingreifen, sagt darum der Städteverband. Er hat im letzten Sommer den Bund aufgefordert, die Städte und Gemeinden bei der Alterspolitik «ideell und finanziell» zu unterstützen. ●

«Je selbständiger alte Menschen sind, desto mehr werden die jüngeren Generationen entlastet.»